

## **Anfrage Widmer (Felsberg) betreffend Anpassung der gesetzlichen und finanziellen Grundlage in Sozialhilfefragen**

Die öffentliche Sozialhilfe ist eine sehr wichtige Aufgabe der Gemeinden. Der Aufwand für diese Aufgaben nimmt in vielen Gemeinden tendenziell zu und die Sachverhalte werden immer komplexer.

Den grössten Aufwand verursachen Personen, die ihren Pflichten nicht nachkommen und keinerlei Integrationsanstrengungen zeigen, z.B. indem sie sich weigern, eine Arbeit zu suchen. Solche Personen sind klar in der Minderheit, sie verursachen aber einen grossen Mehraufwand bei allen beteiligten Stellen.

Die Gemeinden können Massnahmen verfügen, z.B. die Teilnahme an einem Arbeitsprogramm oder Kürzungen des Grundbedarfes (zuerst 10%, schliesslich bis 30%). Oft reagieren die Personen mit Wohnortwechsel und können dann von vorne (ohne Verfügung) beginnen, weil die neue Gemeinde nicht über die Vorkommnisse in der bisherigen Wohnortsgemeinde informiert wird. Dies ist unbefriedigend! Die bisherige und neue Wohnortsgemeinde sollten sich austauschen und die neue Wohnortsgemeinde sollte auch bereits verfügte Auflagen (z.B. Mitmachen bei einem Arbeitsprogramm oder Kürzung der Unterstützungsleistungen (Grundbedarfs)) übernehmen dürfen. Die rechtliche Grundlage dafür fehlt aber noch, dies sollte geändert werden. Allgemein sollte man bei Personen, die ihren Pflichten nicht nachkommen, mehr Möglichkeiten haben für Sanktionen.

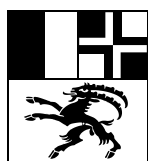
Einiges an Aufwand bringen auch Personen mit, die aus einer anderen Kultur stammen und oft die Sprache noch nicht beherrschen. Diese Personen werden zwar durch den Kanton unterstützt (Integrationsstelle), dennoch müssen sie viele alltägliche Prozesse schon alleine erledigen und sind damit oft überfordert – so beispielsweise, wenn eine Person aus einem Asylantenheim erstmals eine Wohnung bezieht und dann zuerst alles einrichten muss. Eine stärkere Begleitung durch die Sozialhilfebetreuerin oder den Sozialhilfebetreuer wäre hier vor allem in den ersten zwei Jahren wünschenswert. Die Treffen zwischen Klienten und Sozialhilfebetreuenden sind heute oft zu selten. Auch bei der Regelung von finanziellen Angelegenheiten (Rechnungen zahlen, Einkaufen in geeigneten Filialen usw.) wäre eine bessere Unterstützung anzustreben. Allenfalls wäre der finanzielle Mehraufwand über das Amt für Migration abzugelten, da eine verstärkte Sonderbetreuung für Flüchtlinge nicht Sache der Gemeinden sein sollte. Die Gemeinden sollten aber dennoch die Gewissheit haben, dass Unterstützungsgelder noch gezielter zur verbesserten Integration eingesetzt werden.

Vor diesen Hintergründen gelangen die Unterzeichnenden mit folgenden Fragen an die Regierung:

1. Ist sich die Regierung dieser Probleme bewusst?
2. Gibt es aus Sicht der Regierung mögliche Massnahmen, um einen besseren Austausch zwischen den Wohnortsgemeinden zu ermöglichen, damit die geschilderten Probleme bei einem Wohnortwechsel nicht von vorne beginnen und die Verfügungen der bisherigen Wohnortsgemeinde weiterhin gelten?
3. Wie steht die Regierung einer stärkeren alltäglichen Begleitung einer sozialhilfeberechtigten Person anderer Kultur während den ersten zwei Jahren gegenüber?
4. Wie könnte eine stärkere Begleitung im Alltag finanziell sichergestellt werden?

Pontresina, 12. Juni 2019

**Widmer (Felsberg)**, Florin-Caluori, Ulber, Berther, Bettinaglio, Buchli-Mannhart, Casty, Cavegn, Clalüna, Cramer, Danuser, Deplazes (Rabius), Ellemunter, Epp, Flütsch, Föhn, Gasser, Gort, Grass, Gugelmann, Hardegger, Hartmann-Conrad, Hohl, Kohler, Kunfermann, Kuoni, Lamprecht, Loepfe, Loi, Maissen, Märchy-Caduff, Michael (Donat), Müller (Susch), Natter, Niggli-Mathis (Grüsch), Papa, Paterlini, Ruckstuhl, Rüegg, Sax, Schmid, Tanner, Tomaschett (Breil), Tomaschett-Berther (Trun), von Ballmoos, Weber, Widmer-Spreiter (Chur), Zanetti (Sent), Renkel



Sitzung vom

20. August 2019

Mitgeteilt den

21. August 2019

Protokoll Nr.

602

### **Anfrage Widmer (Felsberg)**

betreffend Anpassung der gesetzlichen und finanziellen Grundlage  
in Sozialhilfefragen

### **Antwort der Regierung**

*Zu Frage 1:* 2017 bezogen 2697 Bündnerinnen und Bündner Sozialhilfe. Dies sind 1,4 Prozent der Bevölkerung des Kantons. Wer Sozialhilfe beantragt, ist verpflichtet, bei der Abklärung des Sachverhalts mitzuwirken und hat nach seinen Kräften zur Verminderung und Behebung der Notlage beizutragen (Art. 4 Gesetz über die Unterstützung Bedürftiger [Kantonales Unterstützungsgesetz; BR 546.250] und SKOS-Richtlinien A.5.2). Vereinzelt gibt es Personen, welche ihren Pflichten nicht nachkommen und geringe Integrationsanstrengungen zeigen. Dies führt für die öffentliche Hand zu einem Mehraufwand. Die Erfahrung zeigt aber, dass die allermeisten Personen in der Sozialhilfe bereits arbeiten oder arbeiten wollen.

*Zu Frage 2:* Massnahmen für die Informationsgewinnung zur korrekten Abwicklung eines Wohnungswechsels einer sozialhilfeberechtigten Person sind die Mitwirkungspflicht der Person (Art. 4 Kantonales Unterstützungsgesetz) und das Amtshilfegesuch.

Eine Person, welche Sozialhilfe beantragt, ist verpflichtet, jede sachdienliche Auskunft zu erteilen und die nötigen Unterlagen beizubringen, welche für die Gewährung der wirtschaftlichen Unterstützung notwendig sind. Weiter besteht die Möglichkeit, ein Amtshilfegesuch an die bisherige Wohngemeinde zu stellen, um notwendige Informationen zu erhalten (Art. 13 Gesetz über die Verwaltungsrechtspflege [VRG; BR 370.100]). Voraussetzung ist, dass dadurch keine wichtigen öffentlichen und schutzwürdigen privaten Interessen gefährdet werden.

Im Kanton sind die Gemeinden für die Gewährung von wirtschaftlicher Sozialhilfe zuständig. Die Sozialhilfeleistungen, allfällige Auflagen oder auch Kürzungen werden von der Wohnsitzgemeinde der antragstellenden Person verfügt. Dabei finden die allgemeinen Verfahrensgrundsätze Anwendung. Die Verfügung einer Gemeinde ist somit nicht über das Gemeindegebiet hinaus gültig. Bei einem Wohnsitzwechsel

müssen allfällige Auflagen oder auch Kürzungen durch die neue Wohnsitzgemeinde erneut verfügt werden. Die neue Wohngemeinde kann eine verfügte Kürzung von Sozialhilfeleistungen der alten Wohngemeinde in ihre Verfügung übernehmen, wenn die betroffene Person nachweislich rechtsmissbräuchlich handelte. Der Rechtsmissbrauch muss offensichtlich sein. Verdachtsmomente und Indizien genügen nicht.

*Zu Frage 3:* Der Informations- und Integrationsbedarf von Neuzuziehenden ist anerkanntermassen hoch, weshalb der Kanton der Integrationsförderung und Vermittlung der Erstinformationen einen hohen Stellenwert beimisst. Auf der Internetplattform [www.hallo.gr.ch](http://www.hallo.gr.ch) werden Informationen zur Alltagsorientierung in der Schweiz aktuell in zwölf Sprachen zur Verfügung gestellt. Zudem betreibt die Fachstelle Integration ein Informationszentrum als niederschwellige Anlaufstelle. Die regionalen Sozialdienste sind eine weitere wichtige Anlaufstelle für Neuzuziehende, insbesondere für Flüchtlinge. Infolge der hohen Zahl neuer Flüchtlinge in den Jahren 2014–2018 hat die Regierung für deren Beratung moderat mehr Stellenressourcen bewilligt. Damit konnte eine angemessene Beratung sichergestellt werden. Weiter hat der Kanton mit dem Roten Kreuz Graubünden einen Leistungsauftrag für das Freiwilligenprojekt "eins zu eins" abgeschlossen. Dabei unterstützen und begleiten Freiwillige Neuzuziehende bei spezifischen Alltagsfragen, wie Spracherwerb, Alltagsintegration, soziale Integration und Lernbegleitung.

Die im schweizweiten Vergleich hohe Erwerbsquote im Asyl- und Flüchtlingsbereich zeigt, dass die bisherigen Integrationsmassnahmen greifen. Die Regierung ist der Ansicht, dass eine angemessene Begleitung von Neuzuziehenden mit dem bestehenden Angebot sichergestellt ist.

*Zu Frage 4:* Die Kosten für die Sozialberatung werden seit 2016 durch die Gemeinden getragen. Die Regierung hat in den letzten Jahren die Anzahl neu geschaffener Stellen beim Kanton deshalb bewusst moderat gehalten. Fordern die Gemeinden eine stärkere Begleitung von Flüchtlingen, können die Stellenressourcen in den Sozialdiensten erhöht werden. Die Finanzierung dieser stärkeren Begleitung im Alltag müsste aufgrund der Zuständigkeit von den Gemeinden getragen werden.



Namens der Regierung

Der Präsident:

Dr. Jon Domenic Parolini

Der Kanzleidirektor:

Daniel Spadin

**Dumonda Widmer (Favugn) concernent l'adattaziun da la basa legala e finanziaria en dumondas da l'agid social**

L'agid social public è ina incumbensa fitg impurtanta da las vischnancas. Ils custs per questas incumbensas s'augmentan tenzionalmain en bleras vischnancas, ed ils fatgs daventan pli e pli complexs.

Ils pli blers custs chaschunan persunas che n'adempleschan betg lur obligaziuns e che na mussan naginas stentas d'integraziun, p.ex. tras quai ch'ellas refusan da tschertgar ina lavur. Talas persunas èn cleramain en la minoritad, ellas chaschunan dentant gronds custs supplementars tar tut ils posts participads.

Las vischnancas pon disponer mesiras, p.ex. la participaziun ad in program da lavur u la reducziun dal basegn fundamental (l'emprim 10%, la finala fin 30%). Savens reageschan las persunas cun ina midada da domicil e pon lura cumenzar danovamain (senza disposiziun), perquai che la nova vischnanca na vegn betg infurmada davart ils eveniments en l'antieriura vischnanca da domicil. Quai è nuncuntaivel! La veglia e la nova vischnanca da domicil duessan barattar infurmaziuns, e la nova vischnanca da domicil duess dastgar surpigliar er cundiziuns gia disponidas (p.ex. participaziun ad in program da lavur u reducziun da las prestaziuns da sustegn [basegn fundamental]). La basa giuridica en chaussa manca dentant; quai duess vegnir midà. En general duess ins avair dapli pussaivladads per prender sancziuns cunter persunas che n'adempleschan betg lur obligaziuns.

Tscherts custs chaschunan er persunas che derivan d'ina outra cultura e na san savens anc betg la lingua. Questas persunas vegnan bain sustegnidas dal chantun (post d'integraziun); tuttina ston ellas però liquidar sulettas blers process dal mintgadi ed èn savens surdumandadas – uschia per exempel, sch'ina persuna d'in center d'asilants retira per l'emprima giada in'abitaziun e sto lura l'emprim endrizzar tut. In meglier accumpagnament tras l'assistenta u l'assistent da l'agid social fiss giavischaivel qua cunzunt durant ils emprims dus onns. Oz datti memia paucas scuntradas tranter clientas u clients ed assistentas u assistents da l'agid social. Er per reglar chaussas financialas (pajar quintes, far cumissiuns en filialas adattadas e.u.v.) fissi da prender en mira in meglier sustegn. Eventualmain stuessan ils custs supplementars vegnir indemnissads sur l'uffizi da migraziun, perquai ch'ina assistenza speziala supplementara per fugitivas e fugitivs na duess betg esser chaussa da las vischnancas. Tuttina duessan las vischnancas avair la segirezza ch'ils daners da sustegn vegnian impundids anc pli sistematicamain per ina meglra integraziun.

Sut quests aspects tschentan las sutsegnadras ed ils sutsegnaders las suandantas dumondas a la regenza:

1. È la regenza conscienta da quests problems?
2. Datti – ord vista da la regenza – mesiras pussaivlas per pussibilitar in meglier barat tranter las vischnancas da domicil, per ch'ils problems descrits en cas d'ina midada da domicil na cumenzian betg danovamain e per che las disposiziuns da l'antieriura vischnanca da domicil valian vinavant?
3. Tge tenuta ha la regenza envers in meglier accumpagnament quotidian durant ils emprims dus onns per persunas che derivan d'autras culturas e che retiran agid social?
4. Co pudess in meglier accumpagnament quotidian vegnir garantì financialmain?

Puntraschigna, ils 12 da zercladur 2019

**Widmer (Favugn)**, Florin-Caluori, Ulber, Berther, Bettinaglio, Buchli-Mannhart, Casty, Cavegn, Clalüna, Crameri, Danuser, Deplazes (Rabius), Ellemunter, Epp, Flütsch, Föhn, Gasser, Gort, Grass, Gugelmann, Hardegger, Hartmann-Conrad, Hohl, Kohler, Kunfermann, Kuoni, Lamprecht, Loepfe, Loi, Maissen, Märchy-Caduff, Michael (Donat), Müller (Susch), Natter, Niggli-Mathis (Grüsch), Papa, Paterlini, Ruckstuhl, Rüegg, Sax, Schmid, Tanner, Tomaschett (Breil), Tomaschett-Berther (Trun), von Ballmoos, Weber, Widmer-Spreiter (Cuir), Zanetti (Sent), Renkel



Sesida dals

20 d'avust 2019

Communitgà ils

21 d'avust 2019

Protocol nr.

602

### **Dumonda Widmer (Favugn)**

concernent l'adattaziun da la basa legala e finanziaria en dumondas da l'agid social

#### **Resposta da la regenza**

*Tar la dumonda 1:* L'onn 2017 han 2697 Grischunas e Grischuns retratg agid social. Quai èn 1,4 pertschient da la populaziun chantunala. Tgi che dumonda agid social è obligà da cooperar tar l'examinaziun dals fatgs e sto gidar tenor sias forzas a reducir ed ad eliminar la situaziun da miseria (art. 4 da la lescha davart il sustegn da persunas basegnusas [lescha chantunala da sustegn; DG 546.250] e directives da la COSAS A.5.2). Singulas persunas n'adempleschan betg lur obligaziuns e mussan pitschnas stentas d'integraziun. Quai chaschuna lavur e custs supplementars per il maun public. L'experiencescha mussa dentant che las bleras persunas che retiran agid social lavuran gia u vulan lavurar.

*Tar la dumonda 2:* Mesiras per survegnir infurmaziuns cun l'intent d'exequir en moda correcta ina midada d'abitaziun en cas d'ina persuna che retira agid social, èn l'obligaziun da cooperaziun (art. 4 da la lescha chantunala da sustegn) e la dumonda per agid uffizial.

Tgi che dumonda agid social è obligà da dar tut las infurmaziuns utilas e da metter a disposiziun ils documents ch'èn necessaris per conceder il sustegn economic. Plinavant èsi pussaivel da far ina dumonda per agid uffizial a l'anteriura vischnanca da domicil cun l'intent da survegnir las infurmaziuns necessarias (art. 13 da la lescha davart la giurisdicziun administrativa [LGA; DG 370.100]). Quai sut la premissa ch'i na vegnian periclitads nagins interess publics impurtants e privats degns da vegnir protegids.

En il chantun èn cumpetentas las vischnancas per conceder agid social economic. Las prestaziuns d'agid social, eventualas cundiziuns u er reducziuns vegnan disponidas da la vischnanca da domicil envers la persuna petenta. Quai vegn fatg applitgond ils princips generals da procedura. La disposiziun d'ina vischnanca n'è perquai betg valaivla ordaifer il territori communal. En cas d'ina midada da domicil ston eventualas cundiziuns u er reducziuns vegnir disponidas danovamain tras la nova vischnanca da domicil. La nova vischnanca da domicil po integrar en sia disposiziun ina

reducziun da prestaziuns d'agid social ch'era vegnida disponida da l'anteriura vischnanca da domicil, sche la persuna pertutgada ha agì cumprovadamain en moda giuridicamain abusiva. L'abus da dretg sto esser evident. Suspects ed indizis na bastan betg.

*Tar la dumonda 3:* Il basegn d'infurmaziun e d'integraziun da personas novarrivadas è reconuschidamain grond, uschia che la promoziun da l'integraziun e l'intermediaziun d'emprimas infurmaziuns è da gronda impurtanza per il chantun. Sin la plattforma d'internet [www.hallo.gr.ch](http://www.hallo.gr.ch) vegnan messas a disposiziun – en actualmain du-desch linguas – infurmaziuns per s'orientar en la vita da mintgadi en Svizra. Plinavant maina il post specialisà per l'integraziun in center d'infurmaziun sco post da consultaziun nunbirocratic. Ils servetschs socials regionalis èn ulteriurs posts da consultaziun impurtants per personas novarrivadas, cunzunt per fugitivas e fugitivs. En consequenza dal grond dumber da fugitivas novas e fugitivs novs ils onns 2014 fin 2018 ha la regenza permess moderadamain dapli resursas da plazzas da lavur per lur cussegliaziun. Uschia ha pudì vegnir garantida ina cussegliaziun adequata. Plinavant ha il chantun fatg ina incarica da prestaziun cun la Crusch cotschna dal Grischun per il project voluntar "eins zu eins". En il rom da quest project sustegnan ed accompognan personas voluntaras las personas novarrivadas en dumondas specificas dal mintgadi, sco l'acquisiziun da la lingua, l'integraziun en il mintgadi, l'integraziun sociala e l'accompagnament d'emprender.

Il fatg che la quota d'activitad da gudogn en il sector d'asil e da fugitivs è auta en cumparegliaziun cun l'entira Svizra, mussa che las mesiras d'integraziun d'enfin ussa fan effect. La regenza è da l'avis ch'in accompagnament adequat da personas novarrivadas è garantì tras la purschida existenta.

*Tar la dumonda 4:* Ils custs per la cussegliaziun sociala vegnan surpigliads dapi l'onn 2016 da las vischnancas. Perquai ha la regenza tegnì ils ultims onns il dumber da plazzas novas tar il chantun sapientivamain sin in nivel moderà. Sche las vischnancas pretendan in accompagnament pli intensiv da fugitivas e fugitivs, pon vegnir augmentadas las resursas da plazzas da lavur tar ils servetschs socials. Sin fundament da la cumpetenza stuess quest accompagnament pli intensiv en il mintgadi vegnir finanzià da las vischnancas.



En num da la Regenza

Il president:

Il chancelier:

Dr. Jon Domenic Parolini

Daniel Spadin

## **Interpellanza Widmer (Felsberg) concernente l'adeguamento della base legislativa e finanziaria riguardo a questioni legate all'assistenza sociale**

L'assistenza sociale pubblica è un compito molto importante svolto dai comuni. In numerosi comuni l'onere legato a questi compiti è tendenzialmente in aumento e le fattispecie diventano sempre più complesse.

L'onere maggiore è riconducibile a persone che non adempiono ai loro doveri e non manifestano sforzi di integrazione, ad es. rifiutandosi di cercare lavoro. Tali persone sono nettamente in minoranza, però causano un onere aggiuntivo elevato per tutti i servizi coinvolti.

I comuni possono disporre misure, quali ad es. la partecipazione a un programma di lavoro o riduzioni del forfait (inizialmente del 10%, infine fino al 30%). Spesso le persone interessate reagiscono cambiando luogo di domicilio e possono iniziare da capo (senza decisione) perché il nuovo comune non viene informato di quanto accaduto nel comune di domicilio precedente. Tale situazione è insoddisfacente! Il comune di domicilio precedente e quello nuovo dovrebbero scambiarsi informazioni e il nuovo comune di domicilio dovrebbe poter riprendere anche condizioni già disposte (ad es. partecipazione a un programma di lavoro o riduzione delle prestazioni assistenziali [forfait]). Tuttavia per fare ciò manca ancora la base giuridica; e questo dovrebbe essere cambiato. In generale dovrebbero esserci più possibilità per sanzionare le persone che non adempiono ai loro doveri.

Un certo onere è riconducibile anche a persone che provengono da una cultura diversa e spesso non padroneggiano ancora la lingua. Queste persone vengono sostenute dal Cantone (ufficio per l'integrazione), tuttavia devono occuparsi da sole di numerosi processi quotidiani e spesso ne risultano sovraccaricate, ad esempio quando una persona proveniente da un centro per richiedenti l'asilo va ad abitare per la prima volta in un appartamento e poi per prima cosa deve arredarlo. In questi casi un accompagnamento maggiore da parte di un assistente sociale sarebbe auspicabile soprattutto nei primi due anni. Oggi gli incontri tra utenti e assistenti sociali spesso sono troppo sporadici. Anche nella gestione di questioni finanziarie (pagare fatture, fare acquisti in filiali adatte ecc.) sarebbe auspicabile un sostegno migliore. Eventualmente sarebbe necessario compensare gli oneri finanziari maggiori attraverso l'Ufficio della migrazione, dato che un'assistenza speciale maggiore per rifugiati non dovrebbe essere di competenza dei comuni. Tuttavia i comuni dovrebbero avere la certezza che fondi di assistenza vengano impiegati in maniera ancora più mirata per migliorare l'integrazione.

Fatte queste premesse, le firmatarie e i firmatari pongono le seguenti domande al Governo:

1. Il Governo è consapevole di questi problemi?
2. Il Governo individua misure possibili per permettere uno scambio migliore tra i comuni di domicilio affinché i problemi descritti riguardo al cambio di domicilio non riprendano da capo e le decisioni del comune di domicilio precedente mantengano la loro validità?
3. Qual è la posizione del Governo rispetto a un accompagnamento quotidiano più intenso di una persona bisognosa di assistenza sociale proveniente da un'altra cultura durante i primi due anni?
4. In che modo un accompagnamento più intenso nella quotidianità potrebbe essere garantito a livello finanziario?

Pontresina, 12 giugno 2019

**Widmer (Felsberg)**, Florin-Caluori, Ulber, Berther, Bettinaglio, Buchli-Mannhart, Casty, Cavegn, Clalüna, Cramer, Danuser, Deplazes (Rabius), Ellemunter, Epp, Flütsch, Föhn, Gasser, Gort, Grass, Gugelmann, Hardegger, Hartmann-Conrad, Hohl, Kohler, Kunfermann, Kuoni, Lamprecht, Loepfe, Loi, Maissen, Märchy-Caduff, Michael (Donat), Müller (Susch), Natter, Niggli-Mathis (Grüsch), Papa, Paterlini, Ruckstuhl, Rüegg, Sax, Schmid, Tanner, Tomaschett (Breil), Tomaschett-Berther (Trun), von Ballmoos, Weber, Widmer-Spreiter (Coira), Zanetti (Sent), Renkel



Seduta del

20 agosto 2019

Comunicata il

21 agosto 2019

Protocollo n.

602

### **Interpellanza Widmer (Felsberg)**

concernente l'adeguamento della base legislativa e finanziaria riguardo a questioni legate all'assistenza sociale

#### **Risposta del Governo**

*In merito alla domanda 1:* nel 2017 sono stati 2697 i grigionesi che hanno percepito assistenza sociale. Ciò corrisponde all'1,4 per cento della popolazione del Cantone. Chi richiede assistenza sociale è tenuto a partecipare all'accertamento della fattispecie e deve contribuire per quanto possibile ad attenuare e a superare la situazione di emergenza (art. 4 della legge sull'assistenza alle persone nel bisogno [legge cantonale sull'assistenza; CSC 546.250] e norme COSAS A.5.2). In singoli casi vi sono persone che non fanno fronte ai loro obblighi e manifestano scarsi sforzi di integrazione. Ciò comporta oneri maggiori per l'ente pubblico. Tuttavia l'esperienza dimostra che la grande maggioranza delle persone che percepiscono assistenza sociale già lavora o desidera lavorare.

*In merito alla domanda 2:* l'obbligo di collaborazione della persona (art. 4 della legge cantonale sull'assistenza) e la domanda di assistenza amministrativa rappresentano misure volte a raccogliere informazioni utili a gestire in maniera corretta un cambiamento di abitazione da parte di una persona bisognosa di assistenza sociale. Una persona che chiede assistenza sociale è obbligata a dare ogni informazione utile e a produrre i documenti necessari per la concessione di sostegno economico. Inoltre vi è la possibilità di presentare una domanda di assistenza amministrativa al comune di domicilio precedente per ricevere informazioni necessarie (art. 13 della legge sulla giustizia amministrativa [LGA; CSC 370.100]). Ciò avviene a condizione che non vengano compromessi importanti interessi pubblici o interessi privati tutelabili.

Nel Cantone la competenza per la concessione di assistenza sociale economica spetta ai comuni. Le prestazioni di assistenza sociale, eventuali condizioni o anche riduzioni vengono disposte dal comune di domicilio della persona richiedente. In tale contesto trovano applicazione i criteri procedurali generali. Pertanto la decisione di un comune non produce effetti al di fuori del territorio comunale. In caso di cambiamento del domicilio eventuali condizioni o anche riduzioni devono essere nuovamen-

te disposte dal nuovo comune di domicilio. Il nuovo comune di domicilio può riprendere una riduzione di prestazioni di assistenza sociale disposta dal vecchio comune di domicilio nella sua decisione se la persona interessata ha comprovatamente agito abusivamente. L'abuso di diritto deve essere evidente. Non sono sufficienti elementi di sospetto e indizi.

*In merito alla domanda 3:* è risaputo che nuovi arrivati presentano un bisogno elevato in termini di informazioni e di integrazione, ragione per cui il Cantone attribuisce grande importanza alla promozione dell'integrazione e alla trasmissione di prime informazioni. Attualmente sulla piattaforma internet [www.hallo.gr.ch](http://www.hallo.gr.ch) vengono messe a disposizione informazioni in dodici lingue che aiutano a orientarsi nella vita quotidiana. Inoltre il Servizio specializzato per l'integrazione gestisce un centro d'informazione quale punto di riferimento a bassa soglia. I servizi sociali regionali sono un ulteriore punto di riferimento importante per nuovi arrivati, in particolare per rifugiati. A seguito del numero elevato di nuovi rifugiati arrivati negli anni tra il 2014 e il 2018 il Governo ha approvato in misura moderata risorse maggiori in termini di personale per l'attività di consulenza. Ciò ha permesso di garantire una consulenza adeguata. Inoltre il Cantone ha stipulato un mandato di prestazioni per il progetto di volontariato "eins zu eins" con la Croce Rossa dei Grigioni. In tale contesto volontari aiutano e accompagnano nuovi arrivati riguardo a questioni specifiche legate alla quotidianità, come l'apprendimento della lingua, l'integrazione nella vita quotidiana, l'integrazione sociale e l'accompagnamento nell'apprendimento.

Il tasso di occupazione elevato nel settore dei richiedenti l'asilo e dei rifugiati nel confronto nazionale dimostra che le misure d'integrazione adottate finora sono efficaci. Il Governo ritiene che l'offerta esistente sia idonea a garantire un accompagnamento adeguato di nuovi arrivati.

*In merito alla domanda 4:* dal 2016 le spese per la consulenza sociale vengono sostenute dai comuni. Per tale ragione nel corso degli ultimi anni il Governo ha mantenuto a livelli moderati il numero di nuovi posti di lavoro creati in seno al Cantone. Se i comuni chiedono un accompagnamento maggiore per rifugiati, le risorse in termini di posti di lavoro in seno ai servizi sociali possono essere aumentati. Per ragioni di competenza, il finanziamento di questo accompagnamento maggiore nella vita quotidiana dovrebbe essere assunto dai comuni.



In nome del Governo

Il Presidente:

Dr. Jon Domenic Parolini

Il Cancelliere:

Daniel Spadin